

KLIMA 2019: MILLIARDENBELASTUNG als Folge einer verfehlten Klimapolitik

Die Regierung will die Belastung für die Bevölkerung verringern. Aus diesem Grund wehrt sie sich bis heute gegen einen ökosozialen, aufkommensneutralen Steuerumbau. Sie unterliegt damit einem Trugschluss. Denn mit dieser Haltung bleiben die Klimagasemissionen zu hoch und die Belastung der Menschen und der Wirtschaft wird nicht geringer sondern immer größer.

Die dreifache Mehrbelastung durch eine verfehlte Klima- und Energiepolitik:

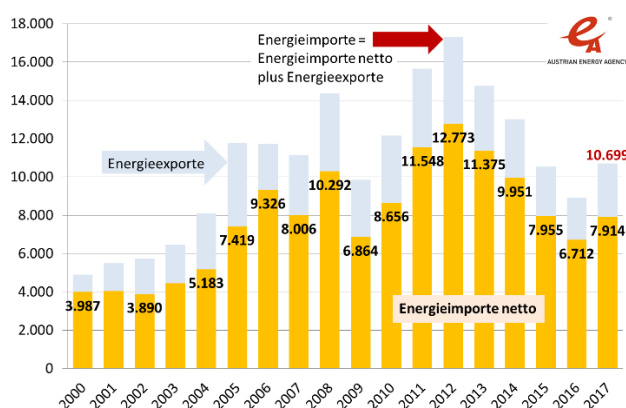
- Belastungen durch zunehmende Klimaschäden (Naturkatastrophen, Hitzewellen)
- Belastungen durch steigende Importe von Öl, Gas und Kohle in Milliardenhöhe
- Strafzahlungen an Brüssel wegen zu hoher Emissionen

Klimaschäden:

Die Daten der Münchner Rückversicherung zeigen, dass die Schäden aus klimabedingten Naturkatastrophen immer größer werden (Waldbrände, Orkane, Erdbeben, Überschwemmungen etc.). Viele Schäden sind nicht versichert und müssen von den Betroffenen direkt getragen oder von der Allgemeinheit übernommen werden. So führen die zu tiefen Preise der fossilen Energien zwar zur Erhöhung der Gewinne einzelner, die Schäden aus der Nutzung der fossilen Energien werden auf die Allgemeinheit abgewälzt. Diese Fehlentwicklung wird durch einen Steuerumbau korrigiert!

Energieimporte in Milliardenhöhe

Im Schnitt hat Österreich in den letzten zehn Jahren jährlich 9,5 Milliarden Euro netto für Energieimporte ausgegeben, im letzten Jahr waren es sogar 12 Milliarden Euro.



Durch den beschleunigten Umstieg auf heimische erneuerbare Energie von der Sonne – direkt wie PV und Solarthermie, indirekt wie Wind, Wasser, Biomasse – kann ein Großteil dieser Importe eingespart werden.

Immerhin, die Sonne strahlt 200 Mal so viel Energie auf Österreich ein wie der heimische Energieverbrauch. Also, mehr als genug, um die Energieimporte zu ersetzen.

Strafzahlungen:

Österreich hat schon einmal 500 Mio. Euro ins Ausland zahlen müssen, weil die Reduktionsziele im Inland nicht erreicht wurden. Nun droht eine ähnliche Situation: Strafen, möglicherweise in Milliardenhöhe, wenn in den kommenden Jahren die rechtlichen Verpflichtungen gegenüber Brüssel nicht eingehalten werden. Das erste Alarmsignal ist schon da: 2017 hat Österreich die Vorgaben aus Brüssel um mehr als 2 Mio. t überschritten!

Daher: CO₂ Reduktionsziele einhalten – statt steigender Belastungen in Milliardenhöhe!

KLIMASCHUTZ DURCH STEUERUMBAU